

Kommentiert

Recht für Regionen

Von Uwe Kalbe

Wer eine Ahnung sucht, wie kompliziert das Interessengeflecht oft ist, mit dem sich Beamte wie Parlamentarier der EU herumschlagen, sollte einen Blick auf die Etatverhandlungen in Brüssel werfen. Gebirgsländer und Nehmerländer stehen sich gegenüber, Norden und Süden, »Kerneuropäer« und Spätgekommene, Länder mit subventionierter Landwirtschaft verteidigen den Agrarfonds, strukturschwache Länder den Strukturfonds. Und einige Länder müssen fast alle Interessen gleichzeitig verfolgen. So will Deutschland seinen Schuldenbremskurs durchziehen, Einzahlungen reduzieren, EU-Partner zum Sparen veranlassen, muss aber zugleich die Interessen seiner eigenen Agrarbetriebe und strukturschwachen Regionen im Auge behalten.

Aus dieser Perspektive werden die Sorgen einer EU-geförderten Region winzig klein. Doch ob die Kofinanzierung von EU-Mitteln für ein Projekt 25 Prozent aus Landesmitteln erfordert oder die Hälfte, kann dort zum Riesenproblem werden. Wozu sollte die Union überhaupt gut sein, wenn dies für sie unwichtig würde? In den Zeitraum des nächsten EU-Etats fällt auch das Ende des Solidarpakts 2019. Viele zweckoptimistische Behauptungen über den erblühten Osten müssen dann den Praxistest bestehen. Und ob sich die Streithähne in Brüssel einigen oder ob künftig jährlich gestritten werden muss, ist für langfristig geförderte Projekte eine Überlebensfrage. Vielleicht brauchten die Unterhändler eine Hilfeleistung. Wie wäre es mit einer Charta zur Rechte der Regionen?

Viel und wenig in Nahost

Von Roland Etzel

Ein Tag Waffenruhe zwischen Gaza und Israel, das ist viel und wenig; viel, weil das Töten endlich aufgehört hat, und wenig, weil es unversehens wieder losgehen kann, denn es ist nichts auf Dauer geregelt. Es gab und gibt keine Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, nicht einmal eine gegenseitige Anerkennung. Wenn die Waffen momentan schweigen, dann ist das vor allem ein Verdienst Ägyptens: Die Führung des nach Mubarak Sturz wiedererwachten regionalen Riesen hat sehr deutlich gemacht, dass die jetzt in Kairo regierenden Muslimbrüder bei jeder künftigen Nahostpolitik mitgedacht werden müssen. Der Hamas machte das Präsident Mursi selbst klar, über die USA ist diese Botschaft wohl auch bei Netanyahu angekommen.

Dafür haben beide etwas bekommen: Israel recht viel mit dem Versprechen der USA auf weitere umfangreiche Waffenhilfe, die Hamas vorerst wenig, nämlich nicht mehr als die vage Zusage, dass die Blockade gelockert wird. Wie auch immer – beide, die Hamas wie Israel, gebärden sich in Siegerpose, und das ist eine bedenkliche Botschaft, denn gestärkt sehen sich offenbar vor allem die Propagandisten militärischer Lösungsansätze.

Der nahöstliche Schlagabtausch hat auch gezeigt: Das Kräfteverhältnis hat sich etwas modifiziert, vor allem die bisher zu beobachtende totale arabische Gleichgültigkeit gegenüber Gaza scheint der Vergangenheit anzugehören. Auch das schafft Raum für Verhandlungen.

Verbotene Liebe

Von Silvia Ottow

Inzest ist ein vergleichsweise kleines gesellschaftliches Problem – die bekanntesten Fälle von einvernehmlichen Liebesbeziehungen zwischen engen Verwandten, aus denen auch Kinder hervorgingen, lassen sich in Deutschland an zwei Händen abzählen. Selbst wenn man eine Dunkelziffer errechnet, die es hier ganz sicherlich gibt, wird daraus noch immer kein Akt, von dem sich irgendjemand bedroht fühlen müsste. Auch das Argument, Kinder aus solchen Beziehungen könnten besonders von Krankheiten betroffen sein, kann ein Verbot kaum rechtfertigen. Das trifft schließlich auch auf kranke Eltern oder ältere Mütter zu. Niemand käme auf die Idee, ihnen Nachwuchs zu verbieten. Geschwisterliebe aber kann dramatisch enden; unlängst landete ein vierfacher Vater im Gefängnis, weil die Mutter der Kinder seine Schwester ist.

Zahlreiche Experten sprechen sich inzwischen für einen entspannten und vor allem straffreien Umgang mit den sich liebenden Verwandten aus – auch wenn in den meisten Menschen diese Liebe fremd bleiben wird. Ob sie sich in absehbarer Zeit durchsetzen können, ist schwer zu sagen. Zu ungewohnt sind solche Beziehungen, zu schnell ist eine Verbindung zu brutalen Vergewaltigungsfällen innerhalb von Familien hergestellt, die von Zeit zu Zeit die Öffentlichkeit schockieren. Doch die sind mit strengen Inzestgesetzen nicht zu verhindern.

Dann besser Zarizyn

Zu »Rückkehr nach Stalingrad?« (nd vom 22.11., S. 8) Wes Geistes Kind sind jene sich Kommunisten nennenden russischen Nationalisten, die jetzt Wolgograd wieder in Stalingrad umbenennen wollen? Nach jenem Mann, der seine gesamte Partei und Armeeführung ermorden ließ, der dafür verantwortlich war, dass es zu Kriegsbeginn kein einziges Armee Korps gab, bei dem nicht Kommandeur, Stabschef oder Politstellvertreter oder alle zusammen in ein Internierungslager gekommen waren, wobei viele von ihnen erschossen wurden; nach dem Mann, der verantwortlich dafür war, dass die sowjetische Armee zu Kriegsbeginn nicht einen Bomber hatte und von den deutschen Truppen überrollt wurde; der Millionen Landsleute in einen sinnlosen Tod trieb. Stalin steht für ein System von

Angst, Verfolgung, Verrat, Denunziation, schwarzen Listen und Erschießungskommandos. Den Sieg in der Stalingrader Schlacht haben tausende sowjetische Soldaten, die ihre Heimat liebten und sie nicht den Faschisten überlassen wollten, unter Einsatz und oft Verlust ihres Lebens erkämpft. Sie sollten geehrt werden, nicht der Mörder Stalin. Dann wäre es besser, die Stadt in Zarizyn zurückzubenennen. Eberhard Aurich 12559 Berlin

Jeder braucht einen Ort des Gedenkens

Zu »Anzeige zu Gedenken an Wachregiment« (nd vom 22.11., S. 14) Jeder Mensch braucht einen Ort des Gedenkens an sein Lebenswerk, so auch die Soldaten und Offiziere des Wachregiments »Felix Dzierzynski«. In der Erinnerung wohl fast aller Da- beigewesenen hat sich mit

Sicherheit vieles Aufhebenswerte an das Wachregiment, an ihr Regiment, eingegraben, das sich lohnt, offen, ehrlich und durchaus kritisch, weitergegeben zu werden« (aus »Rote Spiegel« von Eberhard Reböhle). Legenden, Schmähungen und Strafanzeigen sind nur das Werk momentaner Sieger. Harald Campig 10319 Berlin

Ärgernis

Zu »Auch Gott kann man bestreiken« (nd vom 21.11., S. 2) Überwiegend wird das Urteil des Bundesarbeitsgerichts – merkwürdigerweise auch von beiden Streitparteien – positiv gesehen. Das mag man für das kollektive Arbeitsrecht so sehen. Für das individuelle Arbeitsrecht hat sich definitiv durch die gerichtliche »Bestätigung« eines »kirchlichen dritten Wegs« nichts geändert. Und insbesondere ändert sich

auch nichts für sämtliche Bewerber um diese kirchlich monopolisierten Arbeitsplätze. Betroffen ist besonders der Sozialbereich – und das obwohl die meisten der über 1,3 Millionen Arbeitsplätze vom »demokratischen Steuerzahler« voll oder mit über 90 Prozent finanziert werden. Die Kumpanei zwischen Kirche und Politik – gerade durch die Anerkennung des sog. Subsidiaritätsprinzips, das den Kirchen z. B. bei der Errichtung eines Kindergartens den Vortritt verschafft, ist ein Ärgernis für jeden Laizisten und sollte es auch für jeden Demokraten sein. Roland Weber Mannheim

Unvermögen

Zu »Sanktionsflut im Jobcenter« (nd vom 21.11., S. 1) Die Sanktionsflut ist Ausdruck des Unvermögens, Hartz IV-Betroffene in existenzsichernde Arbeitsplätze

zu vermitteln. Was z. B. das »Jobcenter Ilm-Kreis« anzubieten hat, sind Verpflichtungen zur Bewerbung für geringfügige Beschäftigungen, Stellen bei Zeitarbeitsfirmen und zur Teilnahme an fragwürdigen Maßnahmen, mit denen für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt »fit« gemacht werden soll. Sofern die Bewerbungen erfolgreich sind, wird bald wieder entlassen: Meine Frau wurde letztes Jahr an die Zeitarbeitsfirma TTI überwiesen, wo sie einen Vertrag als Aushilfskraft bekam – Laufzeit: zehn Tage! In diesem Jahr wurde sie als Reinigungskraft in einem Fitnessklub verpflichtet und steht nach drei Monaten wieder vor der vollen Arbeitslosigkeit: »Du wirst uns zu teuer«, wurde ihr gesagt und die Stelle neu ausgeschrieben, zu noch schlechteren Bedingungen. Mittlerweile erhielten wir zwei Aufhebungs- und Erstattungsbescheide mit un-

verständlichen Begründungen, deren geforderte Beträge ein Loch von fast 400 Euro in die Familienkasse reißen werden. Sparsamkeit, vor allem bei Heizenergie und Wasser, wird bestraft, weil das beim Vermieter ausgewiesene Gut haben als »Überzahlung« bei den Kosten für Unterkunft und Heizung behandelt wird. Dagegen müssen alle sechs Monate viele Blätter Papier für neue Wiederbewilligungsanträge samt den dazugehörigen Nachweisen verbraucht werden. Hans-Joachim Weise 98684 Ilmenau

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht, Sinn wahrer Kürzungen vor. E-Mails können nur bei Angabe des vollständigen Namens und des Wohnortes berücksichtigt werden.

»Familienunternehmen haben einen großen Vorteil und einen großen Nachteil: Das ist in beiden Fällen die Familie.«

Arist von Schlippe, akademischer Direktor des Instituts für Familienunternehmen an der Universität Witten/Herdecke, anlässlich der Vorstellung einer Studie zur Situation von Familienunternehmen



Zeichnung: Rainer Hachfeld

Person

Der Falsche

Roman Maria Koidl war für sehr kurze Zeit Berater von Peer Steinbrück. Foto: dpa



Unter »News« stehen auf seiner Homepage Nachrichten über ihn und seine Bücher. Die beiden letzten lauten: »Koidl wird Steinbrück-Berater« vom 19. November und »Koidl legt Beratungsmandat nieder« vom 21. November. Letzteres ist eine persönliche Rücktrittserklärung, was die Überschrift in der dritten Person etwas merkwürdig erscheinen lässt. »Mit sofortiger Wirkung ziehe ich mich aus der Rolle des Beraters Online für die Wahlkampfkampagne von Peer Steinbrück im Herbst 2013 zurück«, schreibt Roman Maria Koidl, Unternehmer, Autor, Betreiber der Kunsthalde Koidl in Berlin.

2010 erschien sein Bestseller »Scheißkerle – Warum es immer die Falschen sind«. In dem Buch geht es zwar darum, warum Frauen es so schwer haben, einen Mann zu finden. Doch der Titel passt gerade so schön zur SPD. Weniger »Scheißkerle« natürlich, zumal sich Koidl sehr zuvorkommend verhalten hat. »Ich kann nicht vertreten, dass falsche und ehrverletzende Berichterstattung gegen mich eingesetzt wird, die darauf zielt, den Kandidaten Peer Steinbrück zu beschädigen.« Das ist derart zuvorkommend, dass er sogar derartiger Berichterstattung zuvorgekommen ist.

Schlagzeilen hätte es mit Sicherheit über Koidl gegeben, für einen stillen Arbeiter im Hintergrund ist die halbwegs schillernde Persönlichkeit nicht geeignet. Dabei wäre vermutlich die Tatsache, dass der 45-Jährige früher für zwei Hedgefonds tätig war, was besonders bei der SPD-Linke auf wenig Gegenliebe gestoßen ist, nicht das einzige gefundene Fressen für Journalisten und Opposition gewesen. Wie das »Handelsblatt« berichtet, sei Steinbrück vor Koidl gewarnt worden. »Die Personalie werde ihm »Pech bringen«, schrieb PR-Berater Moritz Hunzinger in einer Mail an Steinbrück, die dem Handelsblatt vorliegt. Koidl sei »ein besonders unehrlicher Kaufmann seit früher Jugend«, wie Hunzinger persönlich habe erleben müssen.«

Für den Kanzlerkandidaten ist die Causa Koidl in jedem Fall eine würdige Fortsetzung des bisherigen Pleiten-, Pech- und Pannen-Wahlkampfs. An dessen Ende dürfte sich auch die SPD-Basis fragen, »Warum es immer die Falschen sind.« Markus Drescher

Fragwürdig

Zurück nach Argentinien?

● Ein Projekt mit vielen Kleinspendern statt einem großen Investor zu finanzieren, das so genannte Crowdfunding, findet immer mehr Verbreitung. Was hat Sie bewegt, bei Ihrem neuesten Filmprojekt Espejo (Spiegel) auf diese Methode zu setzen?

Eigentlich sind wir »Crowd-Filmer«. Bei unserem ersten Film haben die Protagonisten mitgeholfen. Dann haben wir den Film in einer Gruppe geschnitten. Wir haben keinen Verleih gesucht, sondern eine Initiative gestartet. Jeder Mensch kann den Film in einer öffentlichen Veranstaltung oder im Kino zeigen. Für die vielen Vorstellungen gab es auch kleine Werbeagentur. Viele Menschen haben auf eigene Faust im Internet Werbung gemacht. Das waren alles Crowd-Effekte. Das ist es nur logisch, die Finanzierung für den nächsten Film so anzugehen.

● Espejo schließt an den Dokumentarfilm »Sachamanta« an, der seit 2012 läuft. Sachamanta thematisiert den Widerstand indigener Kleinbauern gegen das Landgrabbing (Landraub) im Norden Argentiniens mittels Basisradios. Was soll Espejo leisten?

Sachamanta erzählt eine positive Geschichte. Als die Bulldozers kamen, da wehrten sich die Campesinos. Sie bauten fünf UKW-Stationen, um die Meinungsmacht zu

haben. Sie klärten die Leute über Rechte auf. Sie machten Mut über den Äther. Die Leute aus der Bewegung haben keinen Quadratmeter Land mehr verloren. Aber sie haben auch gezweifelt. Diese Zweifel – dass die Gerechtigkeit siegen kann – sind genauso international wie der Mut, es trotzdem zu versuchen. Wir waren bei vielen Kinovorstellungen dabei. Als das Licht anging, hatten viele Leu-



Viviana Uriona ist Regisseurin beim Filmkollektiv der Kameradisten. Foto: Mark Wagner

te Tränen in den Augen. Aber sie hatten auch die Fäuste geballt. Die Zuschauerinnen und Zuschauer haben viele Briefe an die Campesinos verfasst. Wir haben Videointerviews und Tonaufnahmen gemacht. In diesen Dokumenten lautet die Aussage immer wieder: »Ihr Campesinos habt uns hier Mut gemacht.« Espejo soll zeigen, wie sich die Menschen gegenseitig Mut machen.

● Ihr wollt zurück nach Argentinien?

Ja. Denn für die Campesinos sind

diese Reaktionen unendlich wertvoll. Ihnen fällt es schwer sich vorzustellen, wie ihr Leben in Berlin oder Frankfurt am Main über die Leinwand flimmert. So funktionieren Dokumentarfilme meistens. Man dreht sie und schafft sie fort. Aber nie zurück. Das machen wir anders. Wir packen die Drehausrüstung ein. Wir fliegen zurück. Wir fahren die fünf Radiostationen ein und zeigen überall den Film. Wir übergeben die Botschaften des bundesdeutschen Publikums. Die vielen Fragen stellen wir auch. All das halten wir fest. Das ist ein neuer Film. Er heißt »Spiegel«, weil sich Menschen in Menschen spiegeln und sich immer nur selbst sehen werden. Denn es gibt nur eine Welt und nur eine Solidarität.

● Wie viel Geld wird für Espejo bis wann benötigt und für was?

Wir brauchen eine etwas bessere Kamera und tragbares Soundequipment. Wir müssen die Kosten für zwei Flüge, einen Schnittplatz, die Pressungen der DVD's und geringe Honorarmittel für die Übersetzung aufbringen. Das macht dann etwa 6000 Euro bis zum 12. Dezember. Den Rest regeln wir mit Idealismus und Eigenmitteln. Fragen: Martin Ling

Mehr Informationen: <http://kameradisten.de> und zum Crowdfunding bei Inkubato: <http://goo.gl/YCh7s>

Ihre Meinung

Zitat